

Quickonomy

Nachrichten



Expedition zu den Klimapuffern.... 6
Im ewigen Eis suchen Forscher schon seit Jahren nach Erkenntnissen hinsichtlich des Klimawandels.

Laut rieselt der Schnee..... 7
Künstliche Beschneigung fördert den Tourismus und das ökologische Ungleichgewicht.

Mausefalle Wintertourismus..... 11
Wintersportler lieben Österreich und bringen Abgase. Eine Bilanz.

Das Salzmärchen..... 15
Mit der sagenhaften Salzvermehrung ist der Preis für Streusalz in nur drei Jahren um über hundert Prozent gestiegen.

Tuluttut oqalusinnaavit?..... 30
Einsprachigkeit ist out. Manche Fremdsprachen sind eine Herausforderung.

Kommentare

Eiszeitmärchen für alle..... 16
Berichte über die politische Eiszeit zwischen den koalitionsunwilligen Großparteien erinnern an Sagen und Märchen.

Skischulen bleiben unter sich..... 16
Der freie Markt ist im Bereich der Skischulen eine Utopie. Selbst die EU hat bis jetzt nicht viel bewirkt.



Wetterdilettanten..... 32
Winter bleibt Winter. Auch bei wenig Schnee gibt es Schleudergefahr.

Vorwärts mit Bob..... 32
Aktiv die Dinge angehen anstatt nur zu mauern und zu raunzen.

Der Traum vom Skifahren..... 32
Ein Großteil der Seilbahnbetreiber fädelt preislich immer öfter ein.

Standards

Special Innovation..... ab 17
Zahlenspiel..... 12
Dossier..... ab 25
Reaktionen auf *economy*..... 31
Frage der Woche..... 31
Beraterock..... 32

IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/13

Herausgeber (gf): Christian Czaak

Chefredaktion: Thomas Jäkle (jake)

Redaktion: Christian Ellison, Mario Koepl, Klaus Lackner (kl), Antonio Malony,

Alexandra Riegler, Hannes Stieger, Christine Wahlmüller

Autoren: Lydia J. Goutas, Michael Liebming (lieblich), Gregor Lohfink

Illustrationen: Kilian Kada, Carla Müller

Titelbild: Photos.com

Produktion und Artredaktion: Tristan Rohrhofer

Lektorat: Elisabeth Schöberl

Webredaktion: Klaus Lackner

Druck: Luigard, 1100 Wien

Druckauflage: 30.000 Stück

Internet: www.economy.at

E-Mail: office@economy.at

Tel.: +43/1/253 11 00-0

Fax: +43/1/253 11 00-30

Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.

Abonnement: 50 Euro, Studentenabo: 30 Euro

Probeabo: 10 Euro; abo@economy.at



Klimagipfel: Weichen stellen für die Zeit nach Kyoto

Das vorsichtige Vorrundengeplänkel

Verstärkte Flexibilität soll mehr Nationen ins Boot holen.

Alexandra Riegler

Es war gut gemeint: 35 Industrieländer verpflichten sich bis 2012, ihre Emissionen auf den Wert vor 1990 zu reduzieren. Die von 1995 bis 1997 geradezu blitzartige Ausverhandlung des schließlich in Kyoto beschlossenen Klimaprotokolls gab Anlass zur Hoffnung. Doch bereits die acht Jahre, die bis zum Inkrafttreten der Übereinkunft ins Land ziehen mussten, gaben einen Vorgeschmack auf die Anstrengungen, die folgen sollten.

Von 6. bis 17. November tagte in Nairobi die zwölfte internationale Klimakonferenz. Die 6000 Teilnehmer aus 189 Staaten, die gemeinsam das UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) bilden, kamen zusammen, um sich über das vergangene Jahr in Montreal beschlossene Vorgehen für die Zeit nach Kyoto und damit über 2012 hinaus zu einigen. Angesichts der traditionell zeitintensiven Verhandlungen war bereits vor Beginn weniger mit konkreten Beschlüssen zu rechnen als mit der Bereitschaft, im nächsten Jahr erneut zu verhandeln.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass die Zeit kaum knapper sein könnte. Einem UN-Bericht zufolge stiegen die Treibhausgasemissionen trotz Kyoto-Abmachung seit dem Jahr 2000 weiter an, unter anderem durch den rasch zunehmenden Energiebedarf Indiens und Chinas – Letzteres wird die USA bereits 2009 als weltgrößter Treibhausgasproduzent überholen. Und während der britischen Studie des ehemaligen Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern zufolge nur noch zehn bis 15 Jahre bleiben, um die CO₂-Emissionen so zu reduzieren, dass eine Kontrolle des Temperaturanstiegs überhaupt noch möglich ist, rodet Brasilien mit 34.000 Hektar im Jahr mehr Regenwald für Rinderzucht und Sojabohnenanbau denn je.

Meilenstein Anpassungsfront

Entscheidend für den Verhandlungserfolg in Nairobi ist, inwieweit Entwicklungs- und Schwellenländer in der Lage sind, Wirtschaftswachstum und Klimaschutz unter einen Hut bringen. Von Seiten der Industrienationen ist nach Jahren ungezügelter Schadstoffemission jedenfalls Vorbildwirkung gefragt, was sich unter anderem in der finanziellen Ausgestaltung des Anpassungsfonds widerspiegeln könnte: Der im Zuge des Kyoto-Protokolls eingerichtete und bis zu 400 Mio. US-Dollar (311,5 Mio. Euro) schwere Fonds soll ärmere Staaten beim



UN-Klimagipfel: 189 Staaten, 6000 Teilnehmer und zwei Wochen Zeit, um die Lizenz zum Weiterverhandeln zu sichern. Foto: IISD/UNFCCC

Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen. Seine Mittel bezieht dieser aus einer zweiprozentigen Abgabe sogenannter Clean Development Mechanism (CDM)-Projekte. Im Rahmen eines nicht unumstrittenen „Wir sitzen alle in einem Boot“-Prinzips können Industrienationen dabei in emissionsreduzierende Projekte in Entwicklungsländern investieren, um so in Summe ebenfalls den globalen Schadstoffausstoß zu senken – jedoch deutlich kostengünstiger als bei einer Rundüberholung ihrer eigenen Anlagen. Entsprechend stellen Experten die Nachhaltigkeit von CDM-Projekten infrage, da so auf ein höheres Einsparungspotenzial verzichtet würde.

Zudem gilt es zu klären, welche technischen Schritte gegen den Klimawandel überhaupt sinnvoll sind. Sollen Dämme gebaut werden, wenn diese in zwei Jahrzehnten ohnehin wieder zu niedrig sind? Ein entsprechendes Fünfjahres-Arbeitsprogramm, das konkrete Schritte vorsieht, soll Abhilfe schaffen. Ebenfalls sind in Kenia Kyoto-Inhalte auf dem Prüfstand: Offen ist etwa, wie der Flugverkehr in ein neues Abkommen integriert werden und welche Rolle Landnutzung und Nutzungsänderung zukommen soll.

Größte Ernüchterung verursacht der weiterhin starre Kurs des Kyoto-Verweigerers USA. Immerhin hielten es Beobachter für möglich, dass der Wahl-

sieg der Demokraten vor zwei Wochen einem Wiedereinstieg des weltgrößten Treibgas-Emitenten zuträglich sein könnte. Doch US-Delegationsleiter Harlan Watson machte gleich zu Beginn deutlich, dass aus Washington auch weiterhin kein Umdenken zu erwarten sei.

Mehr Bewegungsfreiheit

Um überhaupt ein Kyoto-Nachfolgeabkommen zu erreichen, wird von verschiedenen Seiten mehr Flexibilität gefordert. „Es muss attraktiv sein, damit sich die Länder beteiligen“, erklärte Yvo de Boer, Chef des UN-Klimasekretariats. Für verstärkte Bewegungsfreiheit sprach sich auch Outi Bergvall, Chef-Verhandler des EU-Vorsitzlandes Finnland, aus. Anstatt die Welt in Kyoto und Nicht-Kyoto einzuteilen, müsse mehr Flexibilität her. So hält etwa Großbritanniens Umweltminister David Miliband verbindliche Jahresziele für „dumm“, sinnvoller sei die Ausrichtung auf ein mittelfristiges Ziel.

Größte Hoffnung der Flexibilisierung ist es, so die USA wieder ins Boot zu holen sowie China und Indien miteinzubeziehen. Entscheidungen dazu sind allerdings erst für 2007 zu erwarten. Allerdings herrscht mancherorts die Ansicht, dass lieber nichts vor 2010 festgeschrieben werden sollte, um einer Rückkehr der USA alle Chancen zu geben. Bushs Amtszeit endet immerhin 2009.